

Basta!

Basels starke Alternative

Linksrutsch in Basel!

Wahlen 2015

Basta! schreibt Parteigeschichte und ist mit Sibel Arslan künftig zum ersten Mal im Nationalrat vertreten. Die Freude über diesen Sieg ist riesig und zeigt, dass auch ohne grosses Portemonnaie aber mit viel Engagement und Herzblut etwas bewirkt werden kann. Damit wird klar, dass Basel dem nationalen Trend trotzt. In Basel bestätigt sich das Bedürfnis nach einer klaren linken Haltung.

Basta! gratuliert Sibel Arslan zum Sitzgewinn. Es ist ein starkes Zeichen an den Rest der Schweiz, dass sich die linke, urbane und weibliche Stimme nicht geschlagen gibt angesichts des Rechtsrutsches. Insbesondere weil mit Sibel Arslan nun auch eine junge Politikerin mit Migrationshintergrund in Bundesbern sein wird. Die Stimmberechtigten strafen mit diesem Ergebnis die rein mathematische Listenverbindung von CVP und glp ab. Der Stimmanteil von insgesamt 11.2 Prozent ist erfreulich, weil das Bündnis mit keiner bisherigen Kandidatin angetreten ist. Zu verdanken ist der Sitz auch dem guten Ergebnis des jungen grünen bündnis nordwest und der SP, die massgeblich zum Erfolg beigetragen haben. Auch gratuliert Basta! Anita Fetz herzlich zur Wiederwahl in den Ständerat.

Besonders freut uns, dass mit Sibel eine Politikerin in den Nationalrat einzieht, die im letzten Jahr unter der medialen Diffamierung eines rechtsbürgerlichen Mediums leiden musste. Ganz offensichtlich haben die Stimmbürgerinnen von Basel dies nicht goutiert und zeigen nun mit ihrer Wahl, dass sie sich durch solche Schmutzkampagnen nicht beeinflussen lassen.

Mit Christoph Eymann wird ein Basler Regierungsrat in den Nationalrat gewählt. Basta! erlaubt sich in diesem

Zusammenhang, die Vereinbarkeit dieser Ämter in Frage zu stellen.

Grüne legen in Baselland zu

In Baselland wurde Maya Graf mit einem Glanzresultat wieder gewählt und die Grünen BL konnten im Vergleich zu 2011 leicht Stimmen zulegen, was beweist, dass sich ein engagierter Wahlkampf auszahlt. Die restlichen Ergebnisse im Baselland entsprechen den nationalen Trends: FDP und SVP legen zu, die SP verliert an Stimmen. Diese Verschiebungen bringen jedoch keine Veränderung in der Sitzverteilung.

Herausforderung für die Linke in Bern

Verglichen mit dem Rest der Schweiz sind die Resultate von Basel das einzige Erfreuliche: Die SVP gewinnt 11 Sitze und kann somit einmal mehr erheblich zulegen, die Linke verliert insgesamt 7 Sitze (Grüne -4, SP -3). Die SVP ist die grosse Gewinnerin und bildet zusammen mit der FDP, der Lega dei Ticinesi und dem Sitz des Mouvement citoyens romands eine rechtspopulistische Mehrheit von 101 Sitzen des Parlaments. Soziale und Grüne Anliegen werden es fortan noch schwieriger haben. Die Arbeit im noch weiter nach rechts gerutschten Parlament wird eine schwierige Herausforderung für die Linke. Etwas ausglei-

Mutationen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel



chend wird der Ständerat wirken, in dem es keine Rechtsausenmehrheit gegeben hat. Zu sehr können wir aber nicht darauf setzen: Wir werden in den nächsten vier Jahren noch stärker mit Oppositionspolitik und Referenden die Auswirkungen des Rechtsrutsches verhindern müssen.

Wir freuen uns, dass Basel mit Sibel Arslan, Beat Jans und Silvia Schenker eine starke rote Fraktion nach Bern schickt, die das linke Lager mit klaren Positionen vertreten werden.

An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei allen Kandidatinnen und allen WahlhelferInnen für ihren unermüdlchen Einsatz bedanken. Danke, dass ihr diesen Erfolg möglich gemacht habt.

Co-Präsidium, Sekretariat

Strassen umverteilen

Strasseninitiative

Es ist unlogisch, dass heute gerade das teuerste, gefährlichste und umweltschädlichste Verkehrsmittel, von dem auch noch alle Kinder und Jugendlichen ausgeschlossen sind, am meisten Platz und fast überall Vortritt im öffentlichen Raum erhält.



Bei der Strassen-Initiative des VCS – mehrere BastA!-Mitglieder sind im Initiativkomitee – geht es um die Verteilfrage im öffentlichen Raum. Dieser wird nach wie vor von Strassen besetzt und vom Autoverkehr dominiert, obwohl im Basler Umweltgesetz seit über 20 Jahren festgeschrieben ist, dass Fuss-, Velo- und öffentlicher Verkehr gegenüber dem Autoverkehr bevorzugt werden sollen. FussgängerInnen werden auf oft schmale Streifen am Rand verdrängt und müssen bei Strassenquerungen fast überall den Autos den Vortritt lassen. VelofahrerInnen zwängen sich zwischen Tramgleise und parkierte Autos, bei denen jederzeit die Türe aufgehen kann. Und die Trams stehen an den Rotlichtern an, um die Autokolonnen zügig vorwärts kommen zu lassen.

Die Strassen-Initiative will den Strassenraum gerechter verteilen und verlangt entlang den verkehrsreichen

Strassen* kostengünstige, aber wirkungsvolle Massnahmen:

- durchgängige Trottoirs und sichere Querungsmöglichkeiten für die FussgängerInnen
- durchgängige Radwege oder Velostreifen;
- wo der Platz für Velospuren fehlt, soll Tempo 30 gelten;
- «grüne Welle» für Tram und Bus an den Lichtsignalanlagen.

Zwar bringt die Initiative keine radikale Umverteilung, aber eine leichte Verschiebung der Platzansprüche und reale Verbesserungen für die Sicherheit von VelofahrerInnen und FussgängerInnen, ohne die Trams zu behindern.

Die Strassen-Initiative ist auch als Nachhilfe für die wenig kreative Regierung gedacht, die verlauten liess, sie wisse nicht, wie die 2010 angenommene Städteinitiative umgesetzt werden könne. Die Städteinitiative verlangt, dass bis 2020 der Autoverkehr um 10% abnehmen muss.

Der Gegenvorschlag hat das gleiche

Ziel wie die Strassen-Initiative, beschränkt sich jedoch auf die Velorouten. Es würden also weniger Strassen umgestaltet oder in Tempo 30 umgewandelt. Zudem lässt er der Umsetzung sieben Jahre Zeit statt fünf, wie die Initiative verlangt.

BastA! empfiehlt daher: 2x JA und bei der Stichfrage die Strassen-Initiative.

Tonja Zürcher

** Im Fachjargon verkehrsorientierte Strassen genannt, z.B. Klybeckstrasse, Missionsstrasse oder Dornacherstrasse*

Glückwünsche

Nach dem sensationellen Wahlerfolg der SVP wurde Toni Brunner mit Glückwunschschaften aus aller Welt überschwemmt. Wladimir Putin mailte: „Gratuliere zum historischen Wahlsieg der Sowjetischen Volkspartei SVP. Dies ist ein grosser Schritt der Schweiz in Richtung Diktatur des Proletariats.“ Der syrische Präsident Assad liess verlauten: „Der Wahlerfolg der SVP lässt hoffen, dass künftig weniger frustrierte Schweizerinnen und Schweizer nach Syrien fliehen. Wir haben hier nämlich schon ein Flüchtlingsproblem.“ Glückwünsche kamen auch vom israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, der anfügte: „Die bei uns bestellten Kampfdrohnen können bestimmt einen sinnvollen Beitrag zur Abwehr der Masseneinwanderung leisten.“ Einen Blick in die Zukunft wagte FPÖ-Chef Strache: „Nun ist der Weg frei für eine Fusion der beiden Staaten Österreich und Schweiz. Als Regierungssitz des neuen Staatengebilde schlage ich Braunwald vor.“ Schliesslich meldete sich auch noch der chinesische Botschafter zu Wort: „Gratuliere! Der Wahlerfolg der SVP ist ein Etappensieg in unserem Kampf gegen die Diktatur der Menschenrechte.“ Ob Toni Brunner angesichts so viel Lobhudelei errötete, ist nicht bekannt.

Rudi Ratlos



Foto: Frantisek Matous

Am internationalen Parkingday am 17.09.2015 besetzte eine BastA! Delegation am Rhein einen Parkplatz und setzt sich damit für die umverteilung des öffentlichen Raumes ein.

Roche: Umbau zum Stapelturm-Quartier

BastA! steht dem Umbau des Rocheareals zum Hochhausquartier skeptisch gegenüber. Der Fehler vom Roche-Turm 1 wird nicht besser, nur weil man ihn mit weiteren Stapeltürmen bis zu 205 Metern Höhe ergänzt und eine Hochhausgruppe erstellt, welche das umliegende Quartier um das 10fache überragt.

Längerfristig plant Roche auch die Laborgebäude auf dem südlichen Areal zu ersetzen und damit den Hochhaus-Campus gegen den Rhein zu erweitern. Innerhalb von zwei Jahrzehnten entstünde damit auf dem Rocheareal eine Ballung von Hochhäusern, die dem Frankfurter Bankenviertel – Mainhattan genannt – gleicht. Mit dem Unterschied, dass die Roche-Architektur aufgrund ihrer Eintönigkeit noch dominanter wäre.

Das wird nicht ohne weitgreifende Auswirkungen auf das Wettsteinquartier geschehen. Dass dieses Mal eines der „besseren“ Quartiere umgekrempelt werden soll, macht es auch nicht besser. Zudem wird die Umgestaltung des oberen Kleinbasels auch Auswirkungen auf das untere Kleinbasel und ganz Basel haben.

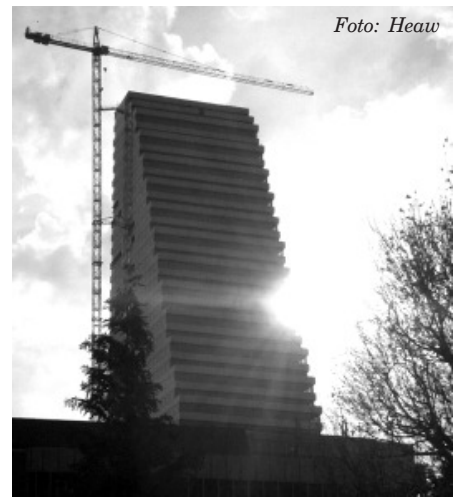
Es ist unverständlich, dass bei so weitreichenden Auswirkungen fast nur darüber gesprochen wird, ob und wie viele neue Arbeitsplätze entstehen. Roche schafft Fakten und die Politik lässt es einfach geschehen. Dabei müsste sich Basel endlich der Diskussion stellen, für wen in Basel gebaut werden soll. Oder allgemeiner: Ob Basel primär der Standort von multinationalen Unternehmen sein soll oder eine lebendige Stadt, mit der dazugehörigen Vielfalt. Wenn wir uns nicht wehren, sind es weiterhin die Mul-

tis, die bestimmen, wie sich die Stadt entwickelt. Die Veränderungen im St. Johann lassen grüssen.

Leider ist bereits jetzt absehbar, dass es schwierig wird, eine Mehrheit für die Ablehnung des Roche-Bebauungsplans zu finden. Dazu sind die meisten Basler Parteien noch immer zu sehr von der Angst erfüllt, dass die ansässigen Multis wegziehen, wenn man ihnen nicht jeden Wunsch von den Augen abliest. Deshalb werden wir uns nicht nur für die Ablehnung des Bebauungsplans einsetzen, sondern auch Forderungen stellen, mit denen eine Verbesserung des Bebauungsplans und gewisse Gegenleistungen von der Roche verlangt werden:

- Ausschreibung eines Architekturwettbewerbs mit der Vorgabe, dass das Stadtbild möglichst wenig dominiert wird.
- Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung, wie es die Verfassung vorschreibt.
- Übergabe eines Teils des Südareals an die Stadt zur Verbreiterung der Solitude-Promenade und des Parks.
- Finanzierung des notwendigen ÖV-Ausbaus.
- Nutzung der Mehrwertabgabe für den Spekulationsentzug von Wohnraum.

Tonja Zürcher



Leistungsabbau trotz solider Staatsfinanzen: eine Frechheit!

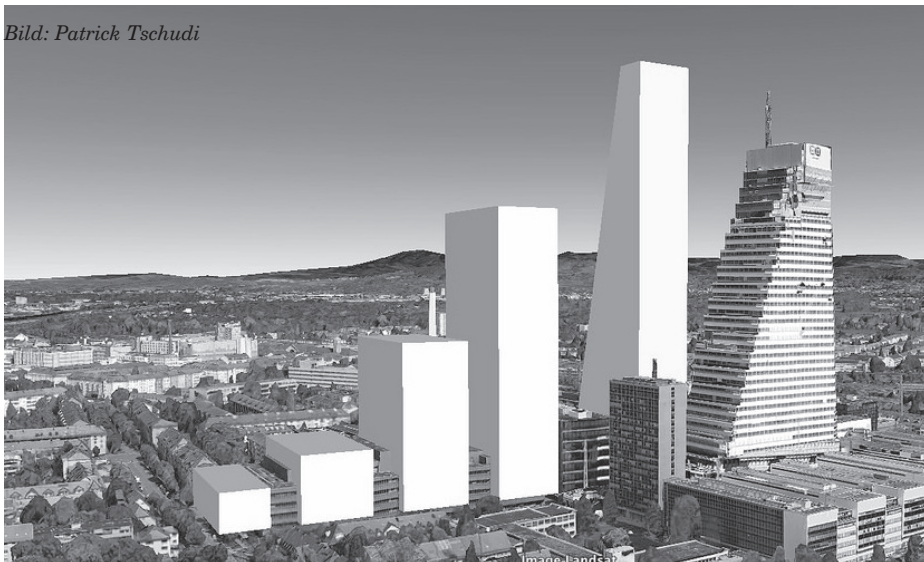
Die Basler Regierung rechnet für das Jahr 2016 mit einem Überschuss von 85.8 Mio. Franken. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre dürfen wir davon ausgehen, dass der Überschuss in Wirklichkeit weit höher ausfallen dürfte. Eva Herzog budgetiert bekanntlich sehr vorsichtig. Trotz der erfreulichen Entwicklung der Staatsfinanzen will die Regierung aber weiterhin am Sparpaket festhalten. Das ist eine Frechheit. Bei voller Staatskasse bei den Schulen zu sparen, die Behinderten zu brüskieren und das Staatspersonal zu belasten ist ein Affront, den BastA! nicht einfach so hinnehmen wird, schon gar nicht von einer rot-grünen Regierung.

BastA! versteht nicht, welches Spiel die Regierung spielt. Da wird zuerst eine Drohkulisse aufgebaut, um vor diesem Hintergrund ein Sparpaket zu schnüren, und dann werden Zahlen präsentiert, welche die Drohkulisse absurd erscheinen lassen. Fast könnte man meinen, der Regierung gehe es nicht um gesunde Staatsfinanzen, sondern um Leistungsabbau um jeden Preis.

BastA! hat schon bei Bekanntwerden des Sparpakets moniert, dieses sei unnötig und kontraproduktiv. Angesichts des erzielten Millionenüberschusses im Jahr 2014 und des jetzt präsentierten Budgets für das Jahr 2016 erscheinen die angekündigten Sparmassnahmen noch unverständlicher. BastA! wird sich vehement für die Erhaltung der Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung einsetzen und sich gegen die Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals und auf Kosten der Schulen wehren.

Medienmitteilung vom 17.09.2015

Bild: Patrick Tschudi



Schon seit längerer Zeit gibt es Konflikte im Taxiwesen. 2012 wies die Gewerkschaft Unia mittels einer Lohnumfrage an den Standplätzen nach, dass in der Taxibranche Löhne zwischen 13 und 17 Franken pro Stunde an der Tagesordnung sind.



Der Gesamtarbeitsvertrag wurde von der Unia per 2014 gekündigt, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Doch die Fronten zwischen den Sozialpartnern waren so verhärtet, dass die Arbeitgeberseite jegliche Neuverhandlungen des GAV blockierte. In dieser verfahrenen Situation hätte ein neues Taxigesetz durchaus Potential für Verbesserungen gehabt.

Ziel: Bessere Arbeitsbedingungen

Der Entwurf des Taxigesetzes, welches bis Herbst 2013 in Vernehmlassung war, hatte denn auch unter anderem zum Ziel, die Arbeitsbedingungen für die TaxifahrerInnen zu verbessern. Dieses Ziel wurde im Ratschlag des Regierungsrates leider nicht mehr verfolgt. Im Gegenteil: Mit dem neuen Taxigesetz, welches im Juni vom Grossen Rat verabschiedet wurde, soll alles dem Markt überlassen werden. Auf eine Beschränkung der Anzahl Taxis wurde verzichtet und die GAV-Pflicht, die im alten Gesetz noch verankert war, wurde gestrichen. Ebenso wurde die Taxifachkommission, die eine gewisse Mitsprache der verschiedenen Akteure im Taxiwesen garantierte, aus dem Gesetz gekippt und der Markt wur-

de einseitig für auswärtige Taxis geöffnet.

Keine Verbesserungen durch neues Gesetz

Das neue Taxigesetz bringt für die TaxifahrerInnen keinerlei Verbesserungen, dabei wären Schutzmassnahmen und eine gewisse Reglementierung bitter nötig, denn die Arbeitsbedingungen sind mehr als prekär. Hinzu kommt die relativ neue Konkurrenz durch den privaten Fahrdienst Uber. Dieser von der international tätigen Firma Uber angebotene Fahrdienst, bei dem private FahrerInnen mit ihrem eigenen Auto KundInnen zu sehr günstigen Preisen herumfahren, führt zu einer weiteren Verschärfung der Situation für die professionellen TaxifahrerInnen. Doch das ist offenbar so gewollt, denn das Taxigesetz enthält keinerlei Regelung für Uber – der Markt soll es richten!

Taxis sind teil des Service Public

Es ist unbestritten, dass Taxis zum Aushängeschild einer Stadt gehören. Sie sind ein Teil des Transportangebotes im Kanton, werden nach Möglichkeit dem öffentlichen Verkehr gleichgestellt und gelten vor diesem Hintergrund auch als

Teil des Service Public. Im ersten Entwurf des revidierten Taxigesetzes welcher in die Vernehmlassung gegeben wurde, wurden die Taxis noch als „Teil des öffentlichen Dienstleistungsangebotes des Kantons“ bezeichnet. Auch dieses Bekenntnis zu den Taxis als Teil des Service Public sucht man im aktuell beschlossenen Gesetz vergeblich.

Aus all diesen Gründen unterstützt BastA! das Referendum gegen das Taxigesetz. Die TaxifahrerInnen verdienen etwas Besseres, sie brauchen Schutz und Regelungen, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, deshalb soll dieses Gesetz zurück an den Absender.

Heidi Mück

Die TaxifahrerInnen haben etwas besseres verdient

Episode am Rande

Ich sitze in einem Gartenrestaurant, trinke ein Bier und genieße die milde Herbstsonne. An den Nebentisch setzt sich ein schon ziemlich betrunkenener Mann und beginnt gleich, laut auf sein Gegenüber einzureden. Dass die Ausländer alles kaputt machen, was wir geschaffen haben, schimpft er, und dass die ja nur zu uns kommen, um zu profitieren. „Und dann fahren sie mit dem Mercedes vor das Sozialamt und kassieren ab.“ Der Mann redet sich richtig in Rage. Die Hasstirade nimmt kein Ende. Ich gebe Ali, dem Wirt, ein Zeichen. „Ich halte das nicht mehr aus, Ali“, sage ich, „ich möchte bezahlen. Aber das hat nichts mit dir zu tun. Es sind ja meine Landsleute, die so dumm daherreden.“ Ali sieht mich erstaunt an und antwortet: „Du musst dich nicht für deine Landsleute entschuldigen, es sind auch meine. Ich bin Schweizer.“

Martin Flückiger



Foto: Franziska Stier

Demonstration gegen das Taxigesetz am 30.09.2015

Generationenwechsel im BastA!-Sekretariat

BastA!intern

Nach 17 Jahren als Parteisekretär geht Martin Flückiger in Pension. Mit seiner Nachfolgerin, Francesca Renggli, wurde eine dreimonatige Einführungszeit vereinbart, während der sie gemeinsam mit Martin gearbeitet hat. Diese Regelung hatte zum Ziel, dass Francesca möglichst viel von Martins Erfahrung profitieren kann. Nun ist BastA! bereit für den Generationenwechsel.



„Ein Parteisekretär ohne Handy geht von Bord“ titelte Peter Knechtli von „onlinereports“, (offenbar gehört er zu den aufmerksamen Lesern des BastA!-Bulletins...). In dieser schnelllebigen Zeit ist es wohl tatsächlich fast unabdingbar, dass ein Parteisekretär ein Handy hat. Doch wir sollten nicht zulassen, dass Martin über seine Handyverweigerung definiert wird, denn damit werden wir ihm überhaupt nicht gerecht. Zumal wohl auch das „smartphone-lose“ Co-Präsidium von BastA! zu einer aussterbenden Gattung gehört.

Martin hat er mit seiner Fähigkeit zur präzisen politischen Analyse, mit seinen klaren politischen Texten und seinen gnadenlosen Satiren die Kommunikation von BastA! - nach aussen wie nach innen - stark geprägt. Für eine linke Gruppierung, die sich nach den wilden Anfangsjahren zu einer mittlerweile 20jährigen etablierten Partei – mit Nationalratssitz! – entwickelt hat, war Martin ein Glücksfall. Wenn es darum ging, auf die Schnelle eine Medienmitteilung zu verfassen, aber auch in der Vorbe-

reitung vertiefter politischer Diskussionen oder bei der kritischen Analyse von Abstimmungs- und Wahlergebnissen war Martin genau der richtige Mann am richtigen Ort. Nicht zu vergessen die zahlreichen Kampagnen, die Martin für uns erfolgreich geführt hat.

Es sind grosse Fussstapfen, die Martin nach seiner langen Zeit als Parteisekretär hinterlässt. Fairerweise hat er die Parteiführung schon vor längerer Zeit darüber informiert, dass er mit 63 Jahren in den (Un-)Ruhestand wechseln möchte. Dies erlaubte uns, frühzeitig nach einer geeigneten Nachfolge Ausschau zu halten. Schon nach der internen Ausschreibung der Stelle konnten wir mit zwei Bewerberinnen Gespräche führen und fanden in Francesca Renggli eine Nachfolgerin, die uns absolut überzeugte.

Francesca hat sich im letzten BastA!-Bulletin selber vorgestellt, weswegen auf eine erneute Auflistung ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Tätigkeiten verzichtet werden kann. Dafür möchte ich ein paar persönliche Eindrücke aus der gemeinsamen Arbeit seit Anfang August anbringen:

Schon im Bewerbungsgespräch hat mich Francesca mit ihrer klaren politischen Haltung und ihrem Willen zum Engagement beeindruckt. Diese Wahrnehmung aus der ersten Begegnung hat sich inzwischen bestätigt. Francesca ist klar und sie ist engagiert, ausserdem denkt und handelt sie schnell und ist gleichzeitig so gut organisiert, dass trotz dieser Schnelligkeit nicht die Gefahr der „Schusseligkeit“ besteht. Ihr Leistungsausweis nach knapp drei Monaten Arbeit im Parteisekretariat ist beeindruckend. So wurde zum Beispiel der Webauftritt von BastA! erneuert, unsere Facebook-Präsenz wurde massiv ausgebaut und der elektronische BastA!-Newsletter erfolgreich lanciert.

Hinzu kommt, dass Francesca eine sympathische junge Frau ist, die mit beiden Beinen in der Realität steht und eine gesunde Portion Humor und (Selbst-)Ironie mitbringt. Alles Eigenschaften, die die Zusammenarbeit mit ihr angenehm machen und die Menschen motivieren, sich mit Francesca zusammen zu engagieren. In diesem Sinn ist auch Francesca für BastA! die richtige Frau am richtigen Ort und ein Glücksfall.

In den vergangenen drei Monaten konnte Martin sein Wissen und seine Erfahrung an Francesca weiter geben. Es waren intensive Monate, da ausser dem politischen Alltag noch ein Nationalratswahlkampf zu bewältigen war. Unser Sekretariat hat diese Herausforderung mit Bravour gemeistert, dafür sei sowohl Martin als auch Francesca herzlich gedankt.

Speziell und von ganzem Herzen danken möchte ich aber zum Schluss nochmals Martin Flückiger für seine wertvolle Arbeit für BastA!, als Parteisekretär, aber auch als Mitglied. Das BastA!-Sekretariat ist dank des grossen Engagements von Martin gut aufgestellt und bereit für den Generationenwechsel. Martin wird uns als Koordinationsmitglied erhalten bleiben, so dass wir auch in Zukunft von seiner grossen Erfahrung und seinen Fähigkeiten profitieren können.

Heidi Mück

Afrikakomitee: 40 Jahre Solidaritätsarbeit

Aktive Bewegungen

Seit 40 Jahren erscheint das "Afrika-Bulletin". In den ersten Jahren herrschte eine Stimmung des Aufbruchs und der Hoffnung. Im Zentrum standen die befreiten portugiesischen Kolonien. Auch in den folgenden schwierigen Jahrzehnten pflegte die Redaktion eine kritische Solidarität und eine sorgfältige Berichterstattung. Seit einiger Zeit wird das „Afrika-Bulletin“ auch vom „Zentrum für Afrikastudien“ der Uni-Basel mitgetragen. Pro Jahr erscheinen vier Hefte.



Befreiungsbewegungen in den 70er Jahren waren links und marxistisch. Wie sind die heutigen internen Machtkämpfe politisch zu verstehen und

einzuordnen?

Das ist eine komplexe Frage, die sich nicht mit zwei Zeilen beantworten lässt. Wir können ein paar Aspekte nennen: Viele der Befreiungsbewegungen verstanden sich als links und marxistisch, weil ihre Gegner westlich und kapitalistisch waren. Ihre sozialrevolutionäre Ausrichtung versprach durch den Staatsbesitz an den Ressourcen in vielen Staaten, beispielsweise Angola, eine beträchtliche wirtschaftliche Macht und Verfügungsgewalt. Die jungen Staaten mit sozialistischer Ausrichtung sahen sich unmittelbar nach der Unabhängigkeit mit immensen wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert. Sie erfuhr nach Erlangen der Selbständigkeit sofort die volle Wucht des „kalten Krieges“, später waren sie konfrontiert mit der zunehmenden Schwächung des sozialistischen Lagers und dessen Kapitulation 1989. Es fehlte eine Alternative – das hat sich vor allem machtpolitisch ausgewirkt und die Handlungsperspektiven der neuen Regierungen beträchtlich eingeschränkt. Von Anfang an wurden die neuen Regierungen von westlichen Regierungen erpresst, korrumpiert und in die Pflicht genommen, nicht zu vergessen die Destabilisierung, wie sie beispielsweise in Mozambique und Angola betrieben wurde.

Auf der anderen Seite haben sich mit dem Entstehen einer neuen Elite die Klassenunterschiede in diesen Ländern entwickelt. Die häufigen internen Machtkämpfe haben nicht selten ihren Grund darin, dass fast nur die engste Verbindung mit der Regierungen Zugang zu lukrativen Posten, Vergünstigungen und Korruptionsgewinnen verschafft. Heute geht es bei den Auseinandersetzungen in den meisten Ländern entweder um den

Machterhalt der bestehenden Elite gegen demokratische Bewegungen (Burkina Faso), um sozioökonomische Konflikte in Zusammenhang mit der raschen Urbanisierung und Modernisierung vormals traditioneller bäuerlicher Gesellschaften (Somalia) oder um eine Kombination beider Elemente (Zimbabwe). Äussere Einmischung spielt ebenfalls oft eine Rolle, wenn strategische oder wirtschaftliche Interessen ausserafrikanischer Kräfte eine Rolle spielen. Der Fluch des Rohstoffreichtums hat in der Dem. Republik Kongo oder im Fall von Sierra Leone und Liberia sicher eine grosse Rolle gespielt.

Für Freundschaft und Solidarität mit den Völkern Afrikas. Welche Möglichkeiten hat die Linke in der Schweiz, diese Parole heute aktiv umzusetzen?

Wie früher auch gibt es drei Ebenen, diese Solidarität umzusetzen:

- 1.) Information über Missstände, Forderungen und Kämpfe und unter Nennung von Beteiligungen von Schweizer Unternehmen und Regierung.
- 2.) Direkter Kontakt mit den Betroffenen, um ihnen eine Plattform zu geben.
- 3.) Lobbying um ihre Forderungen zu unterstützen.

Die „Völkerfreundschaft“ erscheint etwas pathetisch und gehört wohl nicht mehr zum heute gebräuchlichen Wortschatz.

Wie weit interessieren sich die Menschen in Afrika für die Entwicklungen in Europa? Gibt es da auch kritisch-solidarische Publikationen zu Europa, die uns eine Aussensicht geben?

So etwas gibt es unseres Wissens nicht in einer vergleichbaren Art. Trotzdem wird in Afrika reflektiert, was in Europa sowohl alternativ wie auch hegemonial getan, gedacht und theoretisiert wird. Dies geschieht im akademischen Austausch – hier gibt es zum Beispiel am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel auch Forschungsprojekte von afrikanischen Forschenden, die aktuelle

politische Konflikte in der Schweiz zum Thema haben.

Viele afrikanische Intellektuelle haben einen Teil ihres Studiums in Europa verbracht und sich mit unserer Gesellschaft auseinandergesetzt. Diese Erfahrungen fliessen in ihre eigenen Überlegungen ein. In den meisten afrikanischen Ländern besteht ein grosser Mangel an Intellektuellen. Viele der politisch und gesellschaftlich motivierten unter ihnen engagieren sich als LehrerInnen und DozentInnen und werden vom Alltag aufgefrassen.

Am meisten Austausch findet wohl über die verschiedenen NGO-Netzwerke und Plattformen wie die Sozialforen statt. Dort werden gemeinsame politische Kämpfe organisiert und reflektiert. Dazu gehören Themen wie Klimaerwärmung, Land Grabbing, Unternehmensverantwortung usw. Theoretische Plattformen wie Pambazuka setzen sich eher mit afrikanischen Erfahrungen bei sozialen Kämpfen auseinander und beziehen allenfalls vergleichbare Kämpfe in Asien, Lateinamerika und der Karibik mit ein. Europäische Erfahrungen haben für afrikanische Bewegungen keinen grossen Stellenwert. Der Kontext und die geschichtliche Erfahrung werden als zu verschieden wahrgenommen.

Richard Spillmann

Das Afrika-Komitee setzt sich mit den aktuellen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in Afrika auseinander. Es richtet daneben seine Aufmerksamkeit auf die Ebene der Nord-Süd-Beziehungen und auf die Ebene der staatlichen Machtausübung und der gesellschaftlichen Entwicklung.

Weitere Informationen zum Afrikakomitee unter:
www.afrikakomitee.ch

Für die Erhaltung der Häuser am Steinengraben!

Gastbeitrag

Noch verleihen die vier 140 Jahre alten Herrenhäuser aus der Gründerzeit, am Steinengraben 30-36, der Hauptverkehrsschlagader um die Basler Innenstadt ihren letzten Glanz. Seit den 70er Jahren, vor allem beim Bau des City-Rings und des Heuwaage-Viadukts, wurden an der ehemaligen Allee Steinengraben alte Häuser abgerissen und durch Neubauten ersetzt. Diese Neubauten beinhalten fast ausschliesslich Büronutzungen, wodurch wertvoller Wohnraum, den die Stadt Basel zum jetzigen Zeitpunkt bitter nötig hätte, zu Nichte gemacht wurde.

Die Häuser 30-36 befinden sich im Besitz der Helvetia Versicherungen und werden momentan als Wohnungen zwischengenutzt. Nach einer längeren Leerstandsphase wurden die Gebäude (Nr. 32 und 34) 2011 besetzt, um die Häuser erneut zu öffnen und vor dem Abriss zu schützen. Nach zähen Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt und die Wohnungen konnten als Zwischennutzung wieder regulär angemietet werden. Die neuen BewohnerInnen setzten die Häuser in wochenlanger Renovationsarbeit wieder in Stand, da die Bausubstanz während der Leerstandsphase stark gelitten hatte. Durch diese unentgeltliche Arbeit der Bewohner befinden sich diese Häuser, trotz ihres beachtlichen Alters, nun wieder in einem relativ guten und wohnlichen Zustand. Hätte sich der Eigentümer in dieser Phase minimalst um seine Gebäude gekümmert, wären die Argumente bezüglich unzureichender Wohnstandards heute hinfällig.

Kollektive Entfaltung

Zurzeit werden die Häuser von 25 Menschen bewohnt. HandwerkerInnen, Studierende, Selbständige und Kulturschaffende haben an diesem Ort ein Zuhause gefunden. Der niedrige Mietzins ermöglicht den BewohnerInnen eine sorgenfreie Existenz und gibt Spielraum für die persönliche und kollektive Entfaltung. Ein Ort, der in dieser Form in Basel kaum noch zu finden ist. Denn anstatt solche Oasen zu erhalten und die Lebensqualität zu fördern, wird in Basel seit geraumer Zeit spekuliert, abgerissen und „aufgewertet“. Was zur Folge hat, das

momentan ein Überangebot an Bürofläche vorhanden ist während gleichzeitig, vor allem im unteren Preissegment, absolute Wohnungsknappheit herrscht.

Unverständnis bei Bewohnern und Mieterverband

Die momentane Wohnsituation und die nach wie vor intakte Bausubstanz der Häuser sind die Gründe, wieso das neue Bauvorhaben bei den BewohnerInnen sowie dem Mieterverband auf absolutes Unverständnis stösst. Die Helvetia will die vier Häuser abreißen und mit einem zusätzlichen Bürogebäude ersetzen. Immerhin ist in den Plänen ein gewisser Anteil an Wohnfläche berücksichtigt. Wobei sich der zukünftige Mietzins aber eher im oberen Preissegment bewegen wird. Paradox an der ganzen Situation ist, dass die Helvetia laut eigener Aussage die Büroräumlichkeiten zwar für den Eigengebrauch beansprucht, jedoch nur als Übergangslösung. Denn die Helvetia plant an der St.Alban Anlage ihren neuen Hauptsitz. Während sich dieser im Bau befindet, bräuchte man eine Ausweichmöglichkeit für ca. zwei Jahre am Steinengraben.

Appell

Aufgrund der vorherrschenden Wohnungsknappheit und der hohen Büroleerstandquote, appellieren die BewohnerInnen an die Helvetia sowie die Stadtregierung, das Bauvorhaben am Steinengraben zu stoppen und die Häuser zu erhalten. Es ist an der Zeit ein Zeichen zu setzen! Anstatt noch mehr anonyme und der Öffentlichkeit unzugängliche Büro-



Der Prunk aus der Gründerzeit wird von den Häusern des Steinengrabens 30 - 36 noch immer ausgestrahlt

komplexe aus dem Boden zu stampfen, sollte man den BewohnerInnen unserer Stadt vermehrt ermöglichen, ihre Wohnsituation wieder selbst in die Hand zu nehmen und aktiv zu gestalten. Es braucht Platz und Wohnraum für alle Gesellschaftsschichten und dies nicht nur in der städtischen Peripherie, sondern auch in unmittelbarer Zentrumsnähe. Für eine bunte, fröhliche und vielfältige Stadt Basel.

Die BewohnerInnen des Steinengrabens



Jetzt NDG-Referendum unterschreiben!

Nein zum Schnüffelstaat

Letzten September stimmte die Bundesversammlung für das neue Nachrichtendienstgesetz. Dem Nachrichtendienst wurden unglaublich mächtige Waffen in die Hand gelegt. Anstatt diese Waffen besser zu kontrollieren, wurden dem Nachrichtendienst die Fesseln fast komplett abgenommen. Nun kann er unsere Daten ungehindert stehlen. Das dieses Gesetz nach dem Fichen-Skandal 1990, Edward Snowden 2013 und der Wikileaks-Affäre noch eine Mehrheit findet, ist besorgniserregend. Zahlreiche Organisationen und Parteien wehren sich mit einem Referendum. Unterschreiben Sie jetzt, denn die dazu benötigten 50'000 Unterschriften müssen bis Ende Jahr zusammenkommen.



Konkret darf der Nachrichtendienst nun die Schlafzimmer verwanzen, Trojaner in Computer einschleusen und Datenströme anzapfen. Gleichzeitig werden die Kontrollen nicht, wie man es erwarten dürfte, angezogen, nein, die Grenzen wurden noch stärker verwischt.

Obwohl das Verwanzen einer Wohnung und Eindringen in einen Computer mit Trojanern nicht mit der Verfassung und dem dort verankerten Schutz der Privatsphäre zu vereinbaren ist, darf der Nachrichtendienst neu zu solchen Mitteln greifen. Ausserdem dürfen verdachtsunabhängig alle Datenströme, die von der Schweiz ins Ausland fließen, angezapft werden. Inbegriffen sind hier Mails, Whatsapp-Nachrichten und Suchanfragen im Internet. Da der grösste Teil der Inernetaktivität über das Ausland läuft, sind wir alle davon betroffen. Mit Suchbegriffen wird der ganze Datenver-

kehr gefiltert. So wird jeder, ohne es zu realisieren, überwacht und kontrolliert. Dieses Verfahren ist nur schwer mit den verschiedenen Berufsgeheimnissen (Arzt, Journalist, Anwalt usw.) zu vereinbaren.

Eine Institution mit einer solchen Macht wird in einem Rechtsstaat wie der Schweiz kontrolliert und überwacht, könnte man meinen. Das Gegenteil ist der Fall: In „dringlichen Fällen“ hat der Chef des Nachrichtendienstes die Möglichkeit, das Genehmigungsverfahren zu übergeln. Ausserdem werden alle aufgenommenen Daten, ob relevant oder nicht, mindestens 10 Jahre gespeichert. Wie lange die relevanten Daten gespeichert werden dürfen, ist noch offen und soll vom Bundesrat entschieden werden. Eine Speicherzeit unter 30-50 Jahren wird aber nicht erwartet. Zudem gibt es praktisch kein Auskunftsrecht. Nur wer viel Zeit und Geld investiert, kommt zu seinen Daten.

Dabei ist mehr Überwachung mitnichten ein Garant für mehr Sicherheit, was diverse Terroranschläge aus

der Vergangenheit, bei welchen die Täter den Geheimdiensten bekannt waren, bezeugen. Aus der Defensive heraus, nämlich die Sicherheit zu gewährleisten, wird eine offensive Beschneidung der Freiheit unser aller. Verteidigt wird das Gesetz immer mit den Worten „wer nichts Verbotenes macht, hat auch Nichts zu befürchten“. Dazu möchte ich Edward Snowden zitieren: „Some might say, I don't care if they violate my privacy; I've got nothing to hide. Help them understand that they are misunderstanding the fundamental nature of human rights. Nobody needs to justify why they „need“ a right: the burden of justification falls on the one seeking to infringe upon the right.“ Der Fall ist klar, das neue Nachrichtendienstgesetz ist unzulässig, gegen einen solchen Eingriff in unsere Privatsphäre müssen wir uns wehren. Die Unterschriftensammlung ist am laufen, BastA!, Grüne und das junge grüne Bündnis sammeln mit, wir freuen uns auch über weitere Helfer!

Simon Fankhauser,

Vorstand junges grünes Bündnis nw



Richterinnenwahl am 15. November 2015

Am 15. November wird auch gewählt: Das Grüne Bündnis stellt Anina Ineichen als Ersatzrichterin für den am Zivilgericht zurückgetretenen Dominik Schniepper auf. Anina schloss im Sommer das Jus-Studium im Master ab und arbeitet zurzeit im Volontariat bei der Rechtsabteilung der Gemeinde Riehen sowie als Geschäftsführerin der Demokratischen JuristInnen Basel. Anina wuchs auf einem Bio-Bauernhof in Oberwil auf und

engagiert sich seit Jahren für das jgb nordwest (e. Co-Präsidentin) und für die Grünen Basel-Stadt.

Kurzangaben

Anina Ineichen, 1986, ab November MLaw, Tätigkeit: Geschäftsführerin Demokratische JuristInnen Basel, Volontariat Gemeinde Riehen.

Oliver Thommen,

Parteisekretär Grüne BS

Impressum: Nr. 4/Okttober 2015. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1. Postfach. 4005 Basel. Tel. 061 / 691 16 31. E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch. PC 40-31244-5. Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich. für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Francesca Renggli. Patrizia Bernasconi. Richard Spillmann. Martin Flückiger. Druck: Rumzeit Basel